

Gesetzentwurf

**der Abgeordneten Rudolf Bindig, Evelin Fischer (Gräfenhainichen),
Monika Ganseforth, Achim Großmann, Dr. Ingomar Hauchler,
Heide Mattischeck, Volker Neumann (Bramsche), Günter Rixe,
Dr. R. Werner Schuster, Dr. Jürgen Schmude, Ernst Waltemathe, Dr. Peter
Struck,
Dr. Hans-Jochen Vogel und der Fraktion der SPD**

Entwurf eines Gesetzes zu dem Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966

A. Problem

Der UNO-Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) geht davon aus, daß das Ideal vom freien Menschen, der bürgerliche und politische Freiheit genießt und frei von Furcht und Not lebt, nur verwirklicht werden kann, wenn Verhältnisse geschaffen werden, in denen jeder seine bürgerlichen und politischen Rechte ebenso wie seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte genießen kann. Der IPBPR anerkennt und konkretisiert Rechte und Freiheiten. Zur weiteren Verwirklichung der Ziele des Paktes und zur Durchführung seiner Bestimmungen ist es angebracht, den nach Teil IV des Paktes errichteten Ausschuß für Menschenrechte zu ermächtigen, von Personen, die behaupten, Opfer einer Verletzung der in dem Pakt anerkannten Rechte zu sein, in einem geregelten Verfahren Mitteilungen entgegenzunehmen und zu prüfen.

Das Individualbeschwerdeverfahren des Protokolls bleibt hinter den Regelungen der Europäischen Menschenrechtskonvention zurück. Da es das Ziel ist, neben regionalen Lösungen zur internationalen Kontrolle der Menschenrechtspraxis, den Standard weltweit geltender Rechtsinstrumente auszubauen, wird die Ratifizierung des Protokolls vorgeschlagen, weil es einen wichtigen Schritt zum Ziel der weltweiten Anerkennung von Individualbeschwerden darstellt. Soweit erforderlich, kann durch geeignete Maßnahmen sichergestellt werden, daß es nicht zu einer Verdoppelung von Individualbeschwerden nach dem IPBPR und der Europäischen Menschenrechtskonvention kommt.

B. Lösung

Durch das Fakultativprotokoll wird erstmals dem einzelnen im VN-Rechtssystem die Möglichkeit zur Individualbeschwerde vor dem Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen gegeben.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Entwurf eines Gesetzes zum Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966

Der Deutsche Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 16. Dezember 1966 angenommenen und am 23. März 1976 in Kraft getretenen Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 9 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 16. Mai 1991

Dr. Hans-Jochen Vogel und Fraktion

Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte

vom 19. Dezember 1966,
in Kraft getreten am 23. März 1976

Präambel (Übersetzung) *)**DIE VERTRAGSSTAATEN DIESES PROTOKOLLS,**

in der Erwägung, daß es zur weiteren Verwirklichung der Ziele des Paktes über bürgerliche und politische Rechte (im folgenden als „Pakt“ bezeichnet) und zur Durchführung seiner Bestimmungen angebracht wäre, den nach Teil IV des Paktes errichteten Ausschuß für Menschenrechte (im folgenden als „Ausschuß“ bezeichnet) zu ermächtigen, nach Maßgabe dieses Protokolls Mitteilungen von Personen, die behaupten, Opfer einer Verletzung der in diesem Pakt anerkannten Rechte zu sein, entgegenzunehmen und zu prüfen,

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Jeder Vertragsstaat des Paktes, der Vertragspartei dieses Protokolls wird, anerkennt die Zuständigkeit des Ausschusses zur Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen seiner Jurisdiktion unterstehender Personen, die behaupten, Opfer einer Verletzung der in diesem Pakt anerkannten Rechte durch diesen Vertragsstaat zu sein. Der Ausschuß darf keine Mitteilung entgegennehmen, die einen Vertragsstaat des Paktes betrifft, der nicht Vertragspartei dieses Protokolls ist.

Artikel 2

Vorbehaltlich des Artikels 1 können Personen, die behaupten, in einem ihrer im Pakt anerkannten Rechte verletzt zu sein, und die alle zur Verfügung stehenden innerstaatlichen Rechtsmittel erschöpft haben, dem Ausschuß eine schriftliche Mitteilung zur Prüfung einreichen.

Artikel 3

Der Ausschuß erklärt jede nach diesem Protokoll eingereichte Mitteilung für unzulässig, die anonym ist oder die er für einen Mißbrauch des Rechts auf Einreichung solcher Mitteilungen oder für unvereinbar mit den Bestimmungen des Paktes hält.

*) Die deutsche Übersetzung folgt jener im österreichischen BGBl. 1988/105.

Artikel 4

1. Vorbehaltlich des Artikels 3 bringt der Ausschuß jede ihm nach diesem Protokoll eingereichte Mitteilung dem Vertragsstaat dieses Protokolls, dem vorgeworfen wird, eine Bestimmung des Paktes verletzt zu haben, zur Kenntnis.
2. Der betroffene Staat hat dem Ausschuß innerhalb von sechs Monaten in Bezug auf die Sache eine schriftliche Erklärung oder Stellungnahme zu übermitteln und die gegebenenfalls von ihm getroffenen Abhilfemaßnahmen mitzuteilen.

Artikel 5

1. Der Ausschuß prüft die ihm nach diesem Protokoll zugegangenen Mitteilungen unter Berücksichtigung aller ihm von der Person und dem betroffenen Vertragsstaat unterbreiteten schriftlichen Angaben.
2. Der Ausschuß prüft die Mitteilung einer Person nur, wenn er sich vergewissert hat, daß
 - a) dieselbe Sache nicht bereits vor einer anderen internationalen Untersuchungs- oder Ausgleichsinstanz geprüft wird;
 - b) die Person alle zur Verfügung stehenden innerstaatlichen Rechtsmittel erschöpft hat. Dies gilt jedoch nicht, wenn das Rechtsmittelverfahren unangemessen lange gedauert hat.
3. Der Ausschuß berät über Mitteilungen auf Grund dieses Protokolls in nichtöffentlicher Sitzung.
4. Der Ausschuß teilt seine Auffassungen dem betroffenen Vertragsstaat und der Person mit.

Artikel 6

Der Ausschuß nimmt in seinem Jahresbericht nach Artikel 45 des Paktes eine Übersicht über seine Tätigkeit auf Grund dieses Protokolls auf.

Artikel 7

Bis zur Verwirklichung der Ziele der Entschlieung 1514 (XV) der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 14. Dezember 1960 betreffend die Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an Kolonialgebiete und Kolonialvölker wird das diesen Völkern durch die Satzung der Vereinten Nationen

und andere internationale Übereinkommen und Vereinbarungen im Rahmen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen gewährte Petitionsrecht durch dieses Protokoll in keiner Weise eingeschränkt.

Artikel 8

1. Dieses Protokoll liegt für jeden Staat, der den Pakt unterzeichnet hat, zur Unterzeichnung auf.
2. Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, die von allen Staaten vorgenommen werden kann, die den Pakt ratifiziert haben oder ihm beigetreten sind. Die Ratifikationsurkunden sind beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.
3. Dieses Protokoll liegt für jeden Staat, der den Pakt ratifiziert hat oder ihm beigetreten ist, zum Beitritt auf.
4. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.
5. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen unterrichtet alle Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, von der Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde.

Artikel 9

1. Vorbehaltlich des Inkrafttretens des Paktes tritt dieses Protokoll drei Monate nach Hinterlegung der zehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft.
2. Für jeden Staat, der nach Hinterlegung der zehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde dieses Protokoll ratifiziert oder ihm beitrifft, tritt es drei Monate nach Hinterlegung seiner eigenen Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 10

Die Bestimmungen dieses Protokolls gelten ohne Einschränkung oder Ausnahme für alle Teile eines Bundesstaates.

Artikel 11

1. Jeder Vertragsstaat dieses Protokolls kann eine Änderung des Protokolls vorschlagen und ihren Wortlaut beim Generalsekretär der Vereinten Nationen einreichen. Der Generalsekretär übermittelt sodann alle Änderungsvorschläge den Vertragsstaaten dieses Protokolls mit der Aufforderung, ihm mitzuteilen, ob sie eine Konferenz der Vertragsstaaten zur Beratung und Abstimmung über die Vorschläge befürworten. Befürwortet wenigstens ein Drittel der Vertragsstaaten eine solche Konferenz, so beruft der Generalsekretär die Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen

ein. Jede Änderung, die von der Mehrheit der auf der Konferenz anwesenden und abstimmenden Vertragsstaaten angenommen wird, ist der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Billigung vorzulegen.

2. Die Änderungen treten in Kraft, wenn sie von der Generalversammlung der Vereinten Nationen gebilligt und von einer Zweidrittelmehrheit der Vertragsstaaten dieses Protokolls nach Maßgabe der in ihrer Verfassung vorgesehenen Verfahren angenommen worden sind.
3. Treten die Änderungen in Kraft, so sind sie für die Vertragsstaaten, die sie angenommen haben, verbindlich, während für die anderen Vertragsstaaten weiterhin die Bestimmungen dieses Protokolls und alle früher von ihnen angenommenen Änderungen gelten.

Artikel 12

1. Jeder Vertragsstaat kann dieses Protokoll jederzeit durch schriftliche Notifikation an den Generalsekretär der Vereinten Nationen kündigen. Die Kündigung wird drei Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.
2. Die Kündigung berührt nicht die weitere Anwendung dieses Protokolls auf Mitteilungen nach Artikel 2, die vor dem Wirksamwerden der Kündigung eingereicht worden sind.

Artikel 13

Unabhängig von den Notifikationen nach Artikel 8 Abs. 5 dieses Protokolls unterrichtet der Generalsekretär der Vereinten Nationen alle in Artikel 48 Abs. 1 des Paktes bezeichneten Staaten von

- a) den Unterzeichnungen, Ratifikationen und Beitritten nach Artikel 8;
- b) dem Datum des Inkrafttretens dieses Protokolls nach Artikel 9 und dem Datum des Inkrafttretens von Änderungen nach Artikel 11;
- c) Kündigungen nach Artikel 12.

Artikel 14

1. Dieses Protokoll, dessen chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen authentisch ist, wird im Archiv der Vereinten Nationen hinterlegt.
2. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelt allen in Artikel 48 des Paktes bezeichneten Staaten beglaubigte Abschriften dieses Protokolls.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll, welches am 19. Dezember 1966 in New York zur Unterzeichnung aufgelegt worden ist, unterschrieben.

Tabelle 1

Ratifikationsstand

(1. August 1989)

Vertragsstaaten	Ratifikation Pakt	Inkrafttreten Pakt ¹⁾	Inkrafttreten Artikel 41 ²⁾	Inkrafttreten Fak.-Prot. ³⁾
Afghanistan	24. Januar 1983	24. April 1983		
Ägypten	14. Januar 1982	14. April 1982		
Äquatorial Guinea	25. September 1987	25. Dezember 1987		25. Dezember 1987
Argentinien	8. August 1986	8. November 1986	8. November 1986	8. November 1986
Australien	13. August 1980	13. November 1980		
Barbados	5. Januar 1973	23. März 1976		23. März 1976
Belgien	21. April 1983	21. Juli 1983	5. März 1987	
Bolivien	12. August 1982	12. November 1982		12. November 1982
Bulgarien	21. September 1970	23. März 1976		
Chile	10. Februar 1972	23. März 1976		
Costa Rica	29. November 1968	23. März 1976		23. März 1979
Dänemark	6. Januar 1972	23. März 1976	28. März 1979	23. März 1976
Bundesrepublik Deutschland	17. Dezember 1973	28. März 1979		
Deutsche Demokratische Republik	8. November 1973	23. März 1976		
Dominikanische Republik ...	4. Januar 1978	4. April 1978		4. April 1978
Ecuador	6. März 1969	23. März 1976	24. August 1984	23. März 1976
El Salvador	30. November 1979	29. Februar 1980		
Finnland	19. August 1975	23. März 1976	28. März 1979	23. März 1976
Frankreich	4. November 1980	4. Februar 1981		17. Mai 1984
Gabun	21. Januar 1983	21. April 1983		
Gambia	22. März 1979	22. Juni 1979	9. Juni 1988	9. September 1988
Guinea	24. Januar 1978	24. April 1978		
Guyana	15. Februar 1977	15. Mai 1977		
Indien	10. April 1979	10. Juli 1979		
Irak	25. Januar 1971	23. März 1976		
Iran	24. Juni 1975	23. März 1976		
Island	22. August 1979	22. November 1979	22. November 1979	22. November 1979
Italien	15. September 1978	15. Dezember 1978	28. März 1979	15. Dezember 1978
Jamaika	3. Oktober 1975	23. März 1976		23. März 1976
Japan	21. Juni 1979	21. September 1979		
Jemen, Dem. Volksrepublik .	9. Februar 1987	9. Mai 1987		
Jordanien	28. Mai 1975	23. März 1976		
Jugoslawien	2. Juni 1971	23. März 1976		
Kamerun	27. Juni 1984	27. September 1984		27. September 1984
Kanada	19. Mai 1976	19. August 1976	29. Oktober 1979	19. August 1976
Kenia	1. Mai 1972	23. März 1976		
Kolumbien	29. Oktober 1969	23. März 1976		23. März 1976
Kongo	5. Oktober 1983	5. Januar 1984	7. Juli 1989	5. Januar 1984
Korea, Dem. Volksrepublik ..	14. September 1981	14. Dezember 1981		
Libanon	3. November 1972	23. März 1976		
Libyen	15. Mai 1970	23. März 1976		16. August 1989
Luxemburg	18. August 1983	18. November 1983	18. November 1983	18. November 1983
Madagaskar	21. Juni 1971	23. März 1976		23. März 1976

¹⁾ Insgesamt 87 Vertragsstaaten.²⁾ Staatenbeschwerde, von 24 Staaten anerkannt.³⁾ Individualbeschwerde, von 45 Staaten anerkannt.

noch Tabelle 1

Ratifikationsstand
(1. August 1989)

Vertragsstaaten	Ratifikation Pakt	Inkrafttreten Pakt ¹⁾	Inkrafttreten Artikel 41 ²⁾	Inkrafttreten Fak.-Prot. ³⁾
Mali	16. Juli 1974	23. März 1976		
Marokko	3. Mai 1979	3. August 1979		
Mauritius	12. Dezember 1973	23. März 1976		23. März 1976
Mexiko	23. März 1981	23. Juni 1981		
Mongolei	18. November 1974	23. März 1976		
Neuseeland	28. Dezember 1978	28. März 1979	28. März 1979	26. August 1989
Nicaragua	12. März 1980	12. Juni 1980		12. Juni 1980
Niederlande	11. Dezember 1978	11. März 1979	28. März 1979	11. März 1979
Niger	7. März 1986	7. Juni 1986		7. Juni 1986
Norwegen	13. September 1972	23. März 1976	28. März 1979	23. März 1976
Österreich	10. September 1978	10. Dezember 1978	28. März 1979	10. März 1988
Panama	8. März 1977	8. Juni 1977		8. Juni 1977
Peru	28. April 1977	28. Juli 1977	9. April 1984	3. Januar 1981
Philippinen	23. Oktober 1986	23. Januar 1987	23. Januar 1987	
Polen	18. März 1977	18. Juni 1977		
Portugal	15. Juni 1978	15. September 1978		3. August 1983
Rumänien	9. Dezember 1974	23. März 1976		
Ruanda	16. April 1975	23. März 1976		
Saint Vincent und die Grenadinen	9. November 1981	9. Februar 1982		9. Februar 1982
Sambia	10. April 1984	10. Juli 1984		10. Juli 1984
San Marino	18. Oktober 1985	18. Januar 1986		18. Januar 1986
Schweden	6. Dezember 1971	23. März 1976	28. März 1979	23. März 1976
Senegal	13. Februar 1978	13. Mai 1978	5. Januar 1981	13. Mai 1978
Spanien	27. April 1977	27. Juli 1977	25. Januar 1985	25. April 1985
Sri Lanka	11. Juni 1980	11. September 1980	11. September 1980	
Sudan	18. März 1986	18. Juni 1986		
Surinam	28. Dezember 1976	28. März 1977		28. März 1977
Syrien	21. April 1969	23. März 1976		
Tansania	11. Juni 1976	11. September 1976		
Togo	24. Mai 1984	24. August 1984		30. Juni 1988
Trinidad und Tobago	21. Dezember 1978	21. März 1979		14. Februar 1981
Tschechoslowakei	23. Dezember 1975	23. März 1976		
Tunesien	18. März 1969	23. März 1976		
UdSSR	16. Oktober 1973	23. März 1976		
Ukrainische SSR	12. November 1973	23. März 1976		
Ungarn	17. Januar 1974	23. März 1976	7. September 1988	7. Dezember 1988
Uruguay	1. April 1970	23. März 1976		23. März 1976
Venezuela	10. Mai 1978	10. August 1978		10. August 1978
Vereinigtes Königreich	20. Mai 1976	20. August 1976	28. März 1979	
Vietnam	24. September 1982	24. Dezember 1982		
Weißrußland	12. November 1973	23. März 1976		
Zaire	1. November 1976	1. Februar 1977		1. Februar 1977
Zentralafrikanische Republik	8. Mai 1981	8. August 1981		8. August 1981
Zypern	2. April 1969	23. März 1976		

1) Insgesamt 87 Vertragsstaaten.

2) Staatenbeschwerde, von 24 Staaten anerkannt.

3) Individualbeschwerde, von 45 Staaten anerkannt.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf das Fakultativprotokoll findet Artikel 59 Abs. 2 Grundgesetz Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das Fakultativprotokoll durch die Verpflichtungen des Artikels 4 Abs. 2 auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden betrifft.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz.

Nach Artikel 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Fakultativprotokoll nach seinem Artikel 9 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.